

Kommentar zu G20-Protesten: **Gewalt als selbsterfüllende Prophezeiung**

Von Tobias Brück | 07.07.17, 13:30 Uhr



Die Silhouette eines Polizisten vor einer brennenden Barrikade während der Ausschreitungen bei der Demo am Donnerstag.

Foto: AP

Köln - Nahezu alle Beobachter hatten gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei bei den G20-Protesten erwartet. Besonders die Anti-G20-Demonstration am Donnerstag unter dem Motto „Welcome to Hell“ stand im Fokus. Die Demo wurde von der autonomen Szene mitorganisiert.

Im Vorfeld wurde sie als eine der gefährlichsten Demonstration im Rahmen der G20-Proteste bezeichnet. Die Polizei rechnete mit bis zu 8.000 gewaltbereiten Demonstranten und stellte ihre Einsatz-Strategie dementsprechend auf. Auch die Autonomen hatten den „größten schwarzen Block“, den es je in Hamburg gegeben hatte, angekündigt. Letztendlich beteiligten sich mehrere Tausend Menschen, um gegen den am Freitag beginnenden [G20-Gipfel \(/politik/von-freihandel-bis-klimaschutz-das-sind-die-themen-des-g20-gipfels-in-hamburg-27925730\)](/politik/von-freihandel-bis-klimaschutz-das-sind-die-themen-des-g20-gipfels-in-hamburg-27925730) in Hamburg auf die Straße zu gehen. Das was Polizei und Autonome angekündigt hatten, bestätigte sich in einer Art selbsterfüllenden Prophezeiung.

Gewalt ist ein fatales politisches Mittel

Am Abend kam es zu [Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten \(/politik/--welcome-to-hell---g20-demo-eskaliert---weitere-proteste-am-freitag-27929202\)](/politik/--welcome-to-hell---g20-demo-eskaliert---weitere-proteste-am-freitag-27929202). Die Demonstration wurde von der Polizei mit Wasserwerfern gestoppt, da sich laut Angabe der Polizei etwa 1000 Menschen verummumt hatten. Es folgte ein Katz und Maus-Spiel zwischen militanten Protestlern und den Sicherheitskräften in der Hamburger Innenstadt. Nach der Auflösung der Demo war es immer wieder zu spontanen Demonstrationen gekommen. Es gab verschiedene Sachbeschädigungen: Barrikaden wurden errichtet, Autos in Brand gesteckt. Demonstranten und Sicherheitskräfte gerieten bis spät in die Nacht aneinander.

So berechtigt das Anliegen der Demonstranten ist, so bedauernswert ist die Eskalation. Der Gewalteinsatz als politisches Mittel ist fatal, denn die durchaus unterstützenswerte Kritik an der Zusammenkunft der 20 ökonomisch stärksten Länder rückt dadurch in den Hintergrund. Jetzt wird erstmal nur noch über brennende Autos und demolierte Scheiben und nicht mehr über gerechten Welthandel oder Klimaschutz diskutiert. Bisher haben viele Demonstranten gezeigt, wie Protest auch kreativer und subversiver gehen kann. Mit einer

Wir verwenden Cookies, JavaScript und ähnliche Technologien dazu die einwandfreie Funktion der Webseiten zu gewährleisten, Inhalte, Werbung zu personalisieren, Social Media-Funktionen bereitzustellen, Datenverkehr zu analysieren, meist pseudonymisierte Profile zu erstellen, Werbe-, Analysepartner über die Nutzung unserer Webseite zu informieren. Informationen, Einstellungsoptionen, Widerrufsrecht unter: [Datenschutzerklärung](#) | [Cookie-Verwendung](#) | [Impressum](#)

✓ Akzeptieren

Doch die Eskalation ging auch von Seiten der Polizei aus. Das [Vorgehen der Polizei \(/politik/-welcome-to-hell--gewerkschaft-verteidigt-polizeieinsatz-bei-eskalierter-g20-demo-27929522\)](#) gegen die Protestler im Vorfeld des G20-Gipfels geriet in die Kritik. Und das zu Recht: Denn der Einsatz der Polizei war alles andere als auf Deeskalation aus. Die Angst vor Ausschreitungen wurde als Rechtfertigung genommen, um die Teilnehmer der „Welcome to Hell“ mit schwerem Gerät beiseite zu räumen. Tatsächlich gab es eine große Anzahl verummter Demonstranten. Dies rechtfertigt aber nicht die Verhinderung des legitimen Protest von tausenden Friedlichen. Demonstrieren ist ein demokratisches Grundrecht und darf auch in einer Millionenstadt während des Gipfels nicht außer Kraft gesetzt werden.

Das Verhalten der Polizei ist unverhältnismäßig. Das friedliche Massencornern am Dienstag wurde gewaltsam von der Polizei geräumt. Deutschland inszeniert sich auf dem G20-Gipfel als demokratisches Land, indem das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit gewährleistet wird. Wenn Deutschland mit einem guten Beispiel voran gehen und das Signal einer demokratischen Gesellschaft in die Welt senden will, sollte die Polizei nicht in einer Form gegen Demonstranten vorgehen, die an Repressionen in Ankara oder Moskau erinnert.

~~Twitter~~ teilen

~~Facebook~~

Facebook

Wir verwenden Cookies, JavaScript und ähnliche Technologien dazu die einwandfreie Funktion der Webseiten zu gewährleisten, Inhalte, Werbung zu personalisieren, Social Media-Funktionen bereitzustellen, Datenverkehr zu analysieren, meist pseudonymisierte Profile zu erstellen, Werbe-, Analysepartner über die Nutzung unserer Webseite zu informieren. Informationen, Einstellungsoptionen, Widerrufsrecht unter: [Datenschutzerklärung](#) | [Cookie-Verwendung](#) | [Impressum](#)

✓ Akzeptieren